

**Titel: Gremienbeteiligung zum Landesraumentwicklungsprogramm  
sicherstellen****Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 08.09.2015
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Bürgerschaft	17.09.2015	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft und den zuständigen Ausschüssen die 2. Stellungnahme zum Landesraumentwicklungsprogramm zur Beratung vorzulegen und etwaige Änderungen einzuarbeiten. Sollte hierzu eine Fristverlängerung notwendig sein, wird der OB damit beauftragt, diese zu beantragen.

Begründung:

Die Einbeziehung der Bürgerschaft und der Ausschüsse bei der Landesraumentwicklungsplanung und den entsprechenden Stellungnahmen der Hansestadt ist, obwohl dieses nicht zwingend vorgeschrieben ist, vor allem vor dem Hintergrund der sehr langfristigen Konsequenzen des LEP geboten. Der Landkreis Vorpommern-Rügen hat zum Zwecke der umfassenden Beteiligung der Gremien eine Fristverlängerung beantragt.